

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Perspektiven des innerdeutschen Handels

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1978) : Perspektiven des innerdeutschen Handels, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 1, pp. 41-46

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135153>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Perspektiven des innerdeutschen Handels

Klaus Bolz, Hamburg

Auch der innerdeutsche Handel (IDH) ist ein – wenn auch sehr kleiner – Teil des Welthandels. Er kann daher nicht isoliert von den Vorgängen in der Weltwirtschaft betrachtet werden. Der folgende Beitrag schildert einige Probleme des innerdeutschen Handels vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung in den westlichen Industrieländern, im RGW und in der Dritten Welt.

In der Zeit von Januar bis September 1977 stieg das Umsatzvolumen im IDH um 2,8% auf 5884,3 Mill. VE¹⁾. Dabei sind die Bezüge der DDR aus der Bundesrepublik mit 4,0% stärker gestiegen als die Lieferungen der DDR in die Bundesrepublik, die nur um 1,7% zugenommen haben. Während die westlichen Lieferungen damit von Januar bis September fast die gleiche Steigerungsrate wie im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (4,2%) erreichten, ist der Zuwachs der DDR-Lieferungen in die Bundesrepublik gegenüber dem Zuwachs von 18,7% im Jahre 1976 als sehr niedrig zu bewerten. Dies gilt übrigens auch im Vergleich zum durchschnittlichen Zuwachs mehrerer vorangegangener Jahre. Der Saldo zugunsten der Bundesrepublik Deutschland ist mit rund 160 Mill. VE knapp doppelt so hoch wie im Zeitraum Januar bis September 1976.

Wie die Entwicklung früherer Jahre zeigt, liegen die Monatswerte für Lieferungen und Bezüge in den letzten Monaten eines Jahres jeweils relativ höher als in den Vormonaten, so daß auf das ganze Jahr 1977 bezogen durchaus noch eine Zunahme der Steigerungsraten zu erwarten ist. Man kann also davon ausgehen, daß das Umsatzvolumen 1977 um wenige Prozentpunkte – wahrscheinlich aber nicht einmal um die Hälfte der Steigerung von 1976 – über dem von 1976 (8,146 Mrd. DM) liegen wird; auch dürften die Warenlieferungen und -bezüge bis zum Jahresende nicht ausgeglichen sein.

Die durch die Art der Verrechnung bedingte strenge Bilateralität im IDH begrenzt von vornherein die Vergleichsmöglichkeiten dieses Teils des Handels der Bundesrepublik mit ihrem sich nach sehr liberalen Regeln vollziehenden Gesamthandel. Die Entwicklung des Warentauschs zwischen der DDR

und der Bundesrepublik wird wesentlich von der Höhe der westdeutschen Bezüge aus der DDR bestimmt. Konnten DDR-Waren – in jeweiligen Preisen gerechnet – noch 1976 im Vergleich zu anderen Anbietern voll an den Importzuwächsen der Bundesrepublik partizipieren, scheint dies – bei einer insgesamt verschlechterten Marktlage in der Bundesrepublik – 1977 nicht gelungen zu sein. Während im ersten Halbjahr die Gesamtimporte noch nominal um 8,5% zunahmen, stagnierten die Warenbezüge aus der DDR fast mit + 0,3%.

Strukturveränderungen

Bei den Lieferungen der Bundesrepublik liegt das Schwergewicht unverändert bei den Grundstoffen und Produktionsgütern. Wie die Jahres- so zeigen aber auch die 9-Monatswerte seit 1975 ein Absinken des Anteils dieser Liefergruppe an den Gesamtlieferungen auf rund 41%. Auch wenn der Rückgang dieser Lieferungen 1977 mit 5,2% gegenüber 12,5% 1976 gering erscheinen mag, so verzeichnet diese Gruppe 1977 dennoch abermals den relativ stärksten Rückgang unter allen Hauptliefergruppen. Besonders stark gingen die Lieferungen bei Gießereierzeugnissen (– 66,2%) und Eisen und Stahl (– 21,0%) zurück. Die Investitionsgüterindustrie als zweitwichtigste Liefergruppe hat ihre Position mit einem Anteil von 26,4% halten können; auch diese Angaben beziehen sich auf Werte für Januar bis September. Mit 4,0% gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres konnten die Investitionsgüterlieferungen exakt die durchschnittliche Steigerung der Gesamtlieferungen verbuchen. Die bemerkenswert hohe Steigerungsrate des vergangenen Jahres konnte aber nicht erneut realisiert werden. Auffallend ist innerhalb dieser Gruppe eine gewisse Umschichtung.

¹⁾ Gegenwärtig liegt vom Statistischen Bundesamt erst die Statistik über den Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) mit den Daten bis einschließlich September 1977 vor. Da 9-Monatsdaten sowohl in absoluten Größen als auch in relativen Werten nur schwer mit Jahresdaten zu vergleichen sind, wird die vergleichende Beurteilung der bisher bekannten Ergebnisse von 1977 weitgehend auf entsprechende 9-Monatsdaten der vorangegangenen Jahre abgestellt. Zu den Daten siehe Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6, Hefte bis September 1977.

Dr. Klaus Bolz, 39, ist Leiter der Abteilung Wirtschaftsordnung und Wirtschaftssysteme des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg.

Nicht mehr die Maschinenerzeugnisse weisen den relativ höchsten Zuwachs unter den Lieferungen in die DDR auf, sondern bislang die elektrotechnischen Erzeugnisse, deren Lieferungen 1977 um 55 % zugenommen haben. Durch eine kräftige Zunahme um 37 % konnte auch der Sektor Bergbau und Energie in den ersten neun Monaten 1977 seine Position verbessern, nämlich von einem Anteil von rund 9 auf rund 12 %. Die Anteilswerte der Verbrauchsgüterindustrie sowie der Landwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittelindustrie liegen 1977 gegenüber den vorangegangenen Jahren nur um wenig höher. Konnten die wertmäßigen Lieferungen in diesen beiden Bereichen insgesamt dennoch überdurchschnittlich erhöht werden, so haben Unterpositionen wie Textilien und landwirtschaftliche Erzeugnisse erneut starke Einbußen gegenüber dem Vorjahr hinnehmen müssen.

Zunahme der Produktionsgüterbezüge

Unter den Bezügen aus der DDR weisen allein zwei der Hauptbezugsgruppen deutlichere Veränderungen auf. So ist der Anteil der Grundstoff- und Produktionsgüter erneut um 2,4 Prozentpunkte auf nunmehr 39,6 % gestiegen. Der Anteil der Gesamtbezüge im Bereich Landwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist aber gegenüber 1976 um 2 Prozentpunkte auf rund 17 % zurückgegangen. Die Bezüge an Investitionsgütern erreichen einen Anteil von 10,8 % im Vergleich zu dem Wert von 10,4 % für Januar bis September 1976.

Nach der Entwicklung der Anteile an den Gesamtbezügen seien noch einige Zuwachsraten für einige Produktgruppen bzw. Unterproduktgruppen genannt. Gegenüber dem durchschnittlichen Anstieg der Bezüge in den ersten neun Monaten 1977 um 1,7 % fällt der 8%ige Anstieg im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien auf. Bei den wertmäßig relevanten Untergruppen sind die Bezüge im Bereich Eisen und Stahl um 13,8 %, chemische Erzeugnisse um 7,0 % und NE-Metalle und Metallhalbzeuge sogar um 34,6 % angestiegen. Von den NE-Metallen abgesehen ist also eine total entgegengesetzte Entwicklung im Vergleich zu den Lieferungen dieses Bereichs der Bundesrepublik in die DDR zu verzeichnen. Die drei übrigen großen Bereiche wie Bergbau und Energie, Verbrauchsgüterindustrien und Landwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittelindustrien haben ihre Position gegenüber dem Vorjahr rein wertmäßig verschlechtert. Besonders stark zurückgegangen sind die Lieferungen der DDR im Bereich Landwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittel, nämlich um rund 8 %. Allein aufgrund des ausgezeichneten Septemberergebnisses konnte auch der Bereich Investitionsgüter seine Position ausbauen; der Zuwachs für Januar bis September betrug 6,1 %. Innerhalb der Gruppe gingen die Bezüge an Maschinenerzeugnissen um rund 23 % zu-

rück, die an elektrotechnischen Erzeugnissen stiegen um 10,6 %

Die Strukturdaten spiegeln deutlich wider, daß es im mittel- und langfristigen Interesse der Entwicklung des deutsch-deutschen Handels liegt, die Bemühungen um eine Ausweitung der DDR-Lieferungen im Bereich der Investitionsgüterindustrien intensiv fortzusetzen. Denn nur wenn es gelingt, diesen Sektor zu einer wesentlichen Säule des deutsch-deutschen Handels zu entwickeln, kann man davon ausgehen, daß er eine solide Zukunft hat. Die heute noch wichtigen Lieferbereiche Verbrauchsgüter und Landwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittel – ihr Anteil an den DDR-Lieferungen beträgt rund 50 % – werden in absehbarer Zeit ihre Position auf dem deutschen Markt nicht mehr halten können. Diese Entwicklung ist weniger konjunkturell als vielmehr strukturell bedingt und damit langfristig. Noch stärker als heute werden in den kommenden Jahren die Entwicklungsländer – aber auch andere RGW-Länder – in diesen Bereichen aufgrund ihrer Niedriglöhne zu harten Konkurrenten der DDR und anderer Anbieter-Länder werden. In Qualität und Ausstattung werden die Waren aus den Entwicklungsländern zunehmend marktfähig. So wie sich die bundesdeutsche Wirtschaft selbst wird umstellen müssen und in den genannten Sektoren nur noch hochspezialisierte Produkte zu vernünftigen Preisen produzieren können, wird sich auch das Industrieland DDR auf dem Markt der Bundesrepublik nur noch in diesen höherqualifizierten Bereichen halten können.

Stärkere Spezialisierung

Die Entwicklung des IDH wird in den nächsten Jahren wesentlich davon abhängen, wie weit es der DDR gelingt, sich produktionsseitig so zu spezialisieren, daß sie sich im deutsch-deutschen Handel – aber auch noch stärker als bisher im gesamten Westhandel – entsprechend ihrem Entwicklungsstand eine feste Position im wachstumsträchtigen Investitionsgütermarkt sichern kann. Der hohe Entwicklungsstand der DDR zeigt sich nicht zuletzt in dem Anteil von Maschinen, Ausrüstungen und Transportmitteln am Gesamtexport der DDR. Er betrug 1976 51,2 %²⁾. Die einseitige Ausrichtung der DDR-Maschinenexporte auf die RGW-Länder – mit über 80 % 1975 – verschafft der DDR zwar eine starke Position als Maschinenlieferant der RGW-Länder. Gleichzeitig bedeutet dies aber eine nur schwache Basis im Hinblick auf entsprechende Spezialisierungen auch in ihren Westlieferungen. Unter anderem wegen ihrer RGW-Verpflichtungen und der damit weitgehend ausgelasteten Produktionskapazitäten ist die DDR nicht in der Lage, zu jeder Zeit für den Markt der Bundesrepublik ein differenziertes Investitionsgüterangebot vorzuhal-

²⁾ Statistisches Jahrbuch der DDR 1977.

ten. Die meisten der in den RGW gelieferten Investitionsgüter sind in der Bundesrepublik sicher nicht marktfähig, und zwar in dem Sinne, daß sie insbesondere hinsichtlich Ausstattung, Service, Lieferschnelligkeit und -pünktlichkeit auf dem hart umkämpften Investitionsgütermarkt der Bundesrepublik - dem wahrscheinlich härtesten Markt auf diesem Gebiet in der Welt - einfach nicht konkurrenzfähig sind ³⁾).

Erfolge auf westlichen Märkten

Auf anderen westlichen Märkten ist die DDR dagegen mit ihren Investitionsgüterlieferungen erfolgreicher. Sie kann dort die vergleichsweise weniger harten Marktbedingungen für sich nutzen. Wenige Zahlen sollen dies belegen ⁴⁾. So konnte die DDR bei Maschinen und Transportausrüstungen - gemäß den Angaben der OECD-Statistik - im Rahmen ihres ständig wachsenden Westhandels steigende Anteile an diesem Gesamthandel realisieren. 1965 hatte dieser Bereich einen Anteil von 20,2% an allen DDR-Lieferungen in die westlichen Industrieländer, 1970 bereits einen von 22,5% und 1973 schon einen von 26,1%. 1973 erreichte die Gruppe Maschinen und Transportausrüstungen die erste Position unter allen Warengruppen gemäß dem SITC-Schema. Die Lieferungen im Rahmen dieser Gruppe haben eine stürmische Aufwärtsentwicklung hinter sich. Von 1965 bis 1973 erhöhten sie sich wertmäßig auf das 3,3fache.

Die heute im IDH beklagte Struktur ist zu einem nicht unwesentlichen Teil durch die rechtlichen Regelungen im innerdeutschen Warenverkehr mit herbeigeführt worden. So hat sich die DDR in gewisser Weise durchaus ökonomisch verhalten, wenn sie

Agrarprodukte, für die sie in der Bundesrepublik die Agrarinnenpreise realisieren konnte, nicht versucht hat, in anderen OECD-Ländern abzusetzen, sondern eben auf dem Markt der Bundesrepublik. Andererseits ist es unstrittig, daß die DDR eine Expansion ihres Warenaustausches auch mit anderen westlichen Industrieländern leichter realisieren konnte, wenn sie sich als das hochindustrialisierte Land, das sie wirtschaftlich im internationalen Vergleich ist, präsentierte. Die sich deutlich abzeichnenden weltwirtschaftlichen Umstrukturierungen, die auch auf den Markt der Bundesrepublik Deutschland ihre Wirkungen haben werden, zwingen nun aber doch - vielleicht stärker als je zuvor - die notwendigen Umstrukturierungen auch in den Lieferungen der DDR gegenüber der Bundesrepublik gleichsam nachzuholen.

Kooperationschancen

Wer seit vielen Jahren die Entwicklung und damit auch die Probleme der industriellen Kooperation zwischen Ost und West analysiert, hegt gewiß keine übertriebenen Erwartungen hinsichtlich der Kooperation als Förderungsinstrument für die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ⁵⁾. Gerade deshalb erscheint es wichtig, darauf hinzuweisen, daß speziell zwischen der Bundesrepublik und der DDR die in-

³⁾ Vgl. hierzu u. a. das Referat von F. R ö s c h zum Innerdeutschen Handel beim Wirtschaftsgespräch des Handelsvereins e. V. Bundesrepublik Deutschland - Deutsche Demokratische Republik in Düsseldorf am 24. 2. 1977.

⁴⁾ Vgl. zum Gesamtkomplex Westhandel der DDR U. D i e t s c h, P. P l ö t z: Die Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu westlichen Industriestaaten und Entwicklungsländern, Gutachten im Auftrage des BMWi, Hamburg 1977.

⁵⁾ Vgl. K. B o l z: Industrielle Kooperation zwischen Ost und West, in: A. G r o ß e - J ü t t e, R. J ü t t e (Hrsg.): Entspannung ohne Frieden, Frankfurt/M. 1977, S. 191 ff.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Klaus Bolz, Hermann Clement, Petra Pissulla

DIE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER SOWJETUNION

Entwicklung, Bestimmungsfaktoren und Perspektive

Großoktav, 647 Seiten, 1976, Preis brosch. DM 48,-

ISBN 3-87895-149-3

Ulrich Dietsch

AUSSENWIRTSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN DER DDR

Maßnahmen gegenüber westlichen Industriestaaten

Großoktav, 267 Seiten, 1976, Preis brosch. DM 38,-

ISBN 3-87895-145-0

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

dustrielle, technische und wissenschaftliche Kooperation ein brauchbares Mittel sein könnte, um die notwendige Exportspezialisierung der DDR günstig zu beeinflussen⁶⁾. Die industrielle Kooperation zwischen zwei industriell hochentwickelten Partnern, die zudem durch gemeinsame Sprache, die räumliche Nähe und eine zum Teil auch heute noch gegebene gemeinsame technische Vergangenheit besonders begünstigt sind, könnte besondere Leistungen hervorbringen. Deutsch-deutsche Industriekooperation würde die größten wirtschaftlichen Effekte für beide Seiten erbringen, wenn sie in möglichst intensiven Formen wie der Spezialisierung z. B. im technisch komplizierten Anlagenbau und in der gemeinsamen Produktion realisiert werden könnte. Technisch sind hierfür die Voraussetzungen gegeben. Ein Vorteil für die DDR läge in diesen Kooperationen auch insoweit, als sie die aus der Kooperation hervorgehenden Produkte über die bereits bestehenden Absatzorganisationen der westdeutschen Partner gegen harte Devisen im Westen vertreiben könnte und daß sie durch die vorhandenen Servicesysteme ebenfalls den After-sale-service als gesichert ansehen könnte.

Ideologische Vorbehalte

Obwohl aber schon seit mehreren Jahren immer wieder auch auf höchster Ebene von der Kooperation gesprochen wird, sind die effektiven Entwicklungschancen gegenwärtig nicht als besonders gut zu bezeichnen. Insbesondere in der DDR gibt es eine Reihe von – weitgehend ideologisch bedingten – Vorbehalten hinsichtlich eines intensiven Ausbaus dieser speziellen Wirtschaftsbeziehungen. Aber auch in der Bundesrepublik zeigen viele Firmen, die bereits Erfahrungen mit der Kooperation mit sozialistischen osteuropäischen Ländern gesammelt haben, bislang nur geringe Neigungen zu einer Kooperation nun auch mit der DDR. Die DDR möchte zwar ihre Westkooperation vorantreiben, wahrscheinlich aber primär mit Firmen aus anderen westlichen Ländern. Diese Länder ihrerseits waren zumindest bisher – in früheren Jahren vielleicht aufgrund einer gewissen Solidarität gegenüber der Bundesrepublik – zu einem überdurchschnittlichen Engagement in der DDR wenig geneigt. Ökonomisch sinnvolle Möglichkeiten im Bereich der Kooperation werden sicher erst in nennenswertem Umfang genutzt werden können, wenn auf politischem Gebiet die notwendigen Voraussetzungen für ein weitreichendes Vertrauen geschaffen worden sind.

In gewisser Weise werden Kooperationsmöglichkeiten zwischen der DDR und der Bundesrepublik bereits heute genutzt, nämlich im Bereich des Verkehrs. DDR-Außenhandelsbetriebe erkennen die hohe Leistungsfähigkeit westdeutscher Händler an, indem sie nicht nur im deutsch-deutschen Wirtschaftsverkehr seit langem mit diesen Firmen zu-

sammenarbeiten, sondern anerkennen, daß sie über westdeutsche Händler mit ihren Produkten letztlich auch leichter, als sie es aus eigener Kraft könnten, Märkte in anderen westlichen Ländern, einschließlich der Vereinigten Staaten, erreichen können. Westliche Händler leisten schon relativ häufig nicht zu unterschätzende Dienste zur Schaffung eines speziellen Produktimages für aus der DDR kommende Waren. Sie kümmern sich u. a. um alle Formen der Werbung überhaupt, insbesondere um werbewirksame Verpackungen, um Service und Lagerhaltung usw. Sie schaffen damit die notwendigen Voraussetzungen für den erfolgreichen Absatz diverser DDR-Produkte.

In deutsch-deutschen Wirtschaftsgesprächen wird seit einiger Zeit immer wieder auch auf die besonderen Möglichkeiten der Kooperation in dritten Ländern hingewiesen. Von der Drittländerkooperation wird allerdings z. Z. weltweit zu viel Aufhebens gemacht. Vorliegende Untersuchungen zeigen, daß es bisher nur sehr wenige realisierte Projekte gibt, die diesen Namen verdienen⁷⁾. Auch für die Drittländerkooperation unter Beteiligung der Bundesrepublik und der DDR sind die Chancen sicher begrenzt, da ökonomisch vorteilhafte Projekte häufig an den recht unterschiedlichen Zielsystemen der drei beteiligten Partner scheitern werden. Die größeren Vorteile für die Bundesrepublik und die DDR ergeben sich sicher in der bilateralen Kooperation. Ehe hier nicht ausreichende Erfahrungen gesammelt worden sind, ehe hier nicht ein längerfristiges erfolgversprechendes Zusammenarbeiten gesichert ist, können intensive Kooperationen auf Drittmärkten, die über den international üblichen von mehreren Partnerfirmen durchgeführten Anlagenbau in dritten Ländern hinausgehen, wegen der sich potenzierenden Probleme im Grunde nicht gut funktionieren.

Günstige Situation für Gegengeschäfte

Daß einerseits die DDR seit geraumer Zeit verstärkt auf Gegenlieferungen besteht und andererseits Firmen der Bundesrepublik eine zunehmende Bereitschaft zur Annahme von Gegengeschäften zeigen, hat einen gemeinsamen Grund, nämlich die weltweit unbefriedigende Absatzsituation⁸⁾. Böten sich westdeutschen Firmen anstelle der alles in allem doch sehr unbequemen und unpraktischen Abwicklung von Gegengeschäften gute Absatzmöglichkeiten auf westlichen Märkten, wären sie zur Annahme der Gegenlieferungen wahrscheinlich weit weniger bereit. Nur wenige westdeutsche Unternehmen mit Spezialprodukten, z. B. medizinischen Geräten, können zur Zeit Gegengeschäfte

⁶⁾ Vgl. M. S c h m i t t : Innerdeutscher Handel braucht neue Impulse, in: Handelsblatt, Nr. 45 vom 4. 3. 76.

⁷⁾ Vgl. K. B o l z : The Prospects of Tripartite Cooperation, in: INTERECONOMICS, 1976, H. 11, S. 306 ff.

⁸⁾ Vgl. K. B o l z : Kompensationsgeschäfte mit dem Ostblock, in: neue Wirtschaft, 1977, Dezember-Heft, S. 14 f.

ohne eigenen Absatzverlust grundsätzlich ablehnen. Auch wenn für die DDR augenblicklich die Situation für Gegengeschäfte günstig ist, so sollte auch sie nicht außer acht lassen, daß Kompensationsforderungen von 1:1 auf längere Sicht keine Basis für gute Geschäfte bilden; vielmehr gefährden sie das erreichte Niveau im IDH.

Gegengeschäfte sind in vielen Fällen für die Abnehmer – letztlich nicht gewünschter Waren – eine Belastung. Diese mehr oder weniger erzwungene Warenannahme kann die Existenz einzelner mittelständischer Firmen gefährden, auch wenn diese für ihre gelieferten Produkte in der DDR gute Preise erzielen sollten. Und daran kann der DDR als Partner dieser Firmen mittelfristig nicht gelegen sein. Dem könnte Rechnung getragen werden, wenn bei Gegengeschäften von kleineren und mittleren Unternehmen grundsätzlich keine Annahme zumindest von artfremden Waren verlangt würde. Es kann immer nur wieder darauf hingewiesen werden, daß aus marktwirtschaftlicher Sicht Gegengeschäfte eine wenig entwickelte Form des Handels darstellen, die nur zeitlich und umfangmäßig begrenzt zur Überwindung von Problemsituationen dienen können. Sie verbauen leicht jede weitere Expansionsmöglichkeit im Handel überhaupt. Dem widerspricht auch nicht, daß sich bereits viele, i. d. R. größere Firmen auf diese Geschäfte eingestellt haben, indem sie entweder die hereingenommenen Produkte ganz oder zum Teil selbst verwenden oder besondere Abteilungen für die Vermarktung dieser Waren geschaffen haben.

Viele Firmen reichen die hereingenommenen Produkte von vornherein an Spezialfirmen, die sogenannten Kompensateure, weiter. Wenn auch die Kompensateure mit diesen unter Preisdruck stehenden Waren in vielen Fällen noch sehr lukrative Geschäfte machen können, so treten doch Marktstörungen für diese Produkte auf. Andere Firmen erleiden Gewinneinbußen, wie z. B. Händler, die entsprechende Waren aus der DDR seit längerem beziehen und hier in der Bundesrepublik vermarkten, für bestimmte Produkte entsteht allmählich das Image einer Schleuderware, und im Falle von technisch komplizierten Produkten treten aufgrund unzureichender Serviceleistungen durch den Kompensateur Imageverluste für das Produkt auf usw.

Erhöhung des Bürgschaftsrahmens

In den Überlegungen über die Entwicklungsmöglichkeiten und Grenzen des IDH fehlt es nicht an Hinweisen auf die inzwischen aufgelaufenen Verbindlichkeiten der DDR gegenüber der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern. An dieser Stelle sollen keine detaillierten Zahlenspiele z. B. zur Feststellung von Verschuldungsgrenzen vorgenommen werden. Bei allen Unterschieden hinsichtlich der Beurteilung der DDR-Verschuldung

muß man sich aber in der Bundesrepublik darüber im klaren sein, daß in Zukunft nur dann mehr als bisher größere Anlagen an die DDR zu verkaufen sein werden, wenn der DDR gleichzeitig mehr Kredite mit längerfristigen Zahlungszielen eingeräumt werden.

Daß die DDR in den nächsten Jahren eine Reihe größerer Anlagen mit moderner Technologie im Westen kaufen wird, dafür gibt es Anhaltspunkte. So gilt es in der DDR, die sehr stark ausgelasteten vorhandenen Produktionskapazitäten zu erweitern, um Engpässe in der eigenen Versorgung zu überwinden, aber insbesondere um den umfangreichen Lieferverpflichtungen – mit einem hohen Anteil von Maschinen und Ausrüstungen – gegenüber den anderen RGW-Ländern nachzukommen. Die Sicherung der Lieferfähigkeit der DDR erscheint um so wichtiger, als die DDR künftig weiterhin mit einer Verschlechterung ihrer Terms of Trade gegenüber der Sowjetunion rechnen muß, da die Sowjetunion als maßgeblicher Rohstofflieferant der DDR aufgrund des seit einigen Jahren gültigen Preisgestaltungsprinzips in den nächsten Jahren weiter höhere Preise für die Rohstofflieferungen auch innerhalb des RGW fordern wird. Die Chancen für die Bundesrepublik, zu einem wesentlichen Teil an diesen Anlagelieferungen beteiligt zu werden, scheinen nicht gering zu sein.

An dieser Stelle ist noch einmal an die Kooperationsmöglichkeiten zu erinnern, die sich gerade dann anbieten, wenn es darum geht, größere Produktionsanlagen in der DDR zu installieren und zu betreiben. Vor weiteren nennenswerten Anlagelieferungen müßte aber eine wesentliche Voraussetzung in der Bundesrepublik geschaffen werden, nämlich eine wesentliche Erhöhung des Bürgschaftsrahmens für die in Verbindung mit diesen Anlagelieferungen zu gewährenden Kredite. Der Bürgschaftsrahmen von bisher 2,25 Mrd. DM ist durch die bisher kreditierten Anlagengeschäfte weitgehend ausgenutzt; große Brocken bilden dabei die Geschäfte mit Krupp und Hoechst. Es bleibt abzuwarten, ob die laufende deutsch-deutsche Verhandlungsrunde klimatisch so verläuft, daß damit für die Bundesregierung politische Bedingungen geschaffen werden, die ihr erlauben, vor der Öffentlichkeit der Bundesrepublik die Erhöhung des Bürgschaftsrahmens zugunsten der DDR politisch zu vertreten.

Keine Defizite

Die Frage der Verbindlichkeiten bietet Anlaß, das Thema des Ausgleichs von Lieferungen und Bezügen im IDH einmal in einer Weise anzusprechen, wie es sonst in der DDR und in der Bundesrepublik aus politisch verständlichen Gründen nicht üblich ist. Beide Seiten beklagen die Unausgeglichenheit und wissen doch, daß die Tatbestände etwas an-

ders liegen und damit auch eine andere Interpretation verdienen. Kurz, die alljährlich beklagten Defizite bestehen im Grunde nicht, da die DDR in den deutsch-deutschen „Wirtschaftsbeziehungen im weiteren Sinne“ regelmäßig Überschüsse erzielt. Bezieht man nämlich neben den Transaktionen, die sich in den Verrechnungseinheiten niederschlagen, auch die aufgrund gesonderter Abkommen mit der DDR in DM vorgenommenen Zahlungen und Einnahmen (Straßenbenutzungsgebühren, Postgebühren, Visagebühren, Zwangsumtauschbeiträge) in die Überlegungen mit ein, entsteht ein für die DDR positives Zahlenbild. Auch ohne die Zusammenhänge zu vertiefen und die Faktendarlegung zu erweitern, gewinnt man die Erkenntnis, daß die DDR über nennenswerte Devisen verfügt, die sie im Bedarfsfalle zur Verminderung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland einsetzen könnte.

Unwägbar Zukunft

Über die weitere Entwicklung des IDH können im Grunde nur vage Vorhersagen gemacht werden, da diese Wirtschaftsbeziehungen nicht nur von ökonomischen, sondern in hohem Maße auch von politischen Faktoren bestimmt werden. Die Prozesse auf diesen beiden Ebenen sind aber zur Zeit nur sehr schwer abzuschätzen. Die nachfolgenden Anmerkungen können deshalb nur auf einige für den IDH in dem vor uns liegenden Jahr wahrscheinlich relevante Zusammenhänge aufmerksam machen.

Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, daß sie im Rahmen der für den Warenverkehr geltenden Regelungen „trotz einiger Unwägbarkeiten“ eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR für möglich hält. Ob und wie weit die Bundesregierung fördernde Maßnahmen für den IDH beschließen kann, wird weitgehend von dem Verlauf und den Ergebnissen der deutsch-deutschen Verhandlungen über die verschiedensten Bereiche abhängen. Ein zumindest relativ unbelastetes politisches Klima stellt für jede Bundesregierung eine grundlegende Voraussetzung dar, z. B. für ein Überdenken der bestehenden Swing-Regelung oder des Bürgschaftsrahmens für weitere Kredite oder auch der von der DDR vorgetragenen Liberalisierungswünsche⁹⁾.

Öffentliche Meinung und die Stimme der Interessenverbände begrenzen den Aktionsspielraum der Bundesregierung also nach einer Seite. Ökonomisch-politische Tatbestände außerhalb der Bundesrepublik setzen eine Grenze nach einer anderen Seite. Auf eine – wie im einzelnen auch immer begründete – zu restriktive Politik Bonn könnte nämlich die DDR unter Umständen mit einer Handelsverlagerung reagieren, d. h. noch stärker den Warenverkehr mit anderen westlichen Ländern ausbauen¹⁰⁾. Das in der DDR praktizierte staatliche

Außenhandelsmonopol ermöglicht eine solche regionale Umorientierung, auch wenn dadurch manche Vorteile aus der Sonderstellung des IDH¹¹⁾ aufgegeben werden müßten. Ohne Zweifel ist die Bundesrepublik für die DDR-Wirtschaft ein sehr wichtiger Partner, aber dennoch nicht so interessant, daß man nicht auch mit Hilfe anderer Partner im Westen seine Ziele realisieren könnte, zumal diese teilweise über ein umfassendes Exportförderungsinstrumentarium verfügen und sich insgesamt z. B. bei Krediten oder Gegengeschäften recht flexibel zeigen. Auch die veränderte wirtschaftliche und politische Situation in der Welt engt also den Handlungsspielraum von Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik spürbar ein.

Verstärkte Konkurrenz

Die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR sowie insbesondere der hohe Bedarf an westlicher Technologie werden 1978 erneut zu höheren westdeutschen Lieferungen in die DDR führen, wenn die Finanzierung gesichert werden kann. Umfangreiche Technologieimporte sind eine Voraussetzung für die Realisierung der Entwicklungsziele in der DDR und zur Erfüllung der mit diesen in Verbindung stehenden Verpflichtungen im RGW. Die Palette der Technologieimportwünsche der DDR ist breit, da die „Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion“ sich in neuen Anlagen, Anlagenerweiterungen und in der Modernisierung bereits bestehender Anlagen vollzieht.

Die Gesamtkonstellation der bundesdeutschen Wirtschaft wird 1978 nicht so günstig sein, daß man nicht weiterhin mit einem nachhaltigen Interesse der westdeutschen Wirtschaft an weiteren Liefererhöhungen in die DDR zu rechnen hat. Die zunehmende Konkurrenz durch andere westliche Länder auf dem Markt der DDR wird sich aber entsprechend auswirken. Der nicht Salzgitter, sondern der italienischen Firma Danieli erteilte Großauftrag für ein Stahlwerk sowie Großaufträge an Japan sind deutliche Zeichen. Langfristige Großkredite aus Tokio und die Bereitschaft zu langfristiger Kompensation sind wesentliche Faktoren dieser Geschäfte. Im IDH wird man sich mittelfristig sicherlich mit geringeren Zuwachsraten als in den vergangenen Jahren zufrieden geben müssen. Sein weiterer Verlauf wird sehr stark davon abhängen, wie sich die auf den IDH positiv oder negativ wirkenden Faktoren entwickeln; hingewiesen werden soll damit abschließend noch einmal auf die Kreditgewährung, die Kooperation, die Struktur der DDR-Lieferungen, die Gegengeschäfte und den wichtigen Bereich der deutsch-deutschen Politik.

⁹⁾ Vgl. S. Kuppner: Handel ohne Politik? Wirtschaftliche und politische Aspekte des innerdeutschen Handels, in: Deutschland-Archiv, 10. Jg. (1977), April-Heft, S. 379 ff.

¹⁰⁾ Vgl. ebenda, S. 384.

¹¹⁾ Vgl. dazu S. Nehrting: Der Sonderstatus des innerdeutschen Handels, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 57. Jg. (1977), H. 12, S. 631 ff.